

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
37. Sitzung

25.11.1987  
the-ro

## 2 Situation des Fremdenverkehrs

Festlegung der für den 27. Januar 1988 geplanten öffentlichen Anhörung von Sachverständigen

Der Ausschuß verständigt sich über den Kreis der Anzuhörenden und über den Fragenkatalog.

### 3 a) Stromimporte in die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere nach Nordrhein-Westfalen, und mögliche energiewirtschaftliche Konsequenzen

hier: Auswertung der öffentlichen Anhörung von Sachverständigen vom 26. Juni 1987  
Ausschußprotokoll 10/627

Der Ausschuß berät das weitere Verfahren und bittet das Ministerium zunächst um eine Synopse textkritischer Art aus den in der Anhörung gemachten Aussagen. Eine inhaltliche Diskussion soll in Anwesenheit des Ministers in einer der folgenden Ausschußsitzungen stattfinden.

### b) Entwicklung der Strompreise

- Bericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie und Aussprache

Dem Bericht des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie schließt sich eine Aussprache an.

### c) Bericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Beschluß des Landtags vom 10. Juni 1986 betreffend den Übergang auf eine Energieversorgung ohne Kernkraft

Drucksache 10/2426 (mit Anlage)

- Beratung -

Der Punkt wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt, um ihn in einer der nächsten Sitzungen in Anwesenheit des Ministers beraten zu können.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
37. Sitzung

25.11.1987  
the-ro

- d) Förderung der rationellen Energieverwendung und Nutzung  
unerschöpflicher Energiequellen

hier: Programm der Landesregierung

Vorlage 10/1266

Der Ausschuß vertagt diesen Punkt wegen der fortge-  
schrittenen Zeit auf eine der Folgesitzungen.

#### 4 Verschuldung, Schuldnerberatung und Entschuldungshilfen

Drucksache 10/2043 (Neudruck)

Beratung und Abgabe einer Stellungnahme gegenüber dem feder-  
führenden Ausschuß für Jugend und Familie

Der Ausschuß nimmt den Antrag Drucksache 10/2043  
(Neudruck) mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen  
der F.D.P. sowie bei Gegenstimmen und Enthaltungen  
seitens der CDU an.

#### 5 Verschiedenes

Der Ausschuß diskutiert die Zusammenfassung des Diskus-  
sionsergebnisses zu TOP 3 "Zukunftsinitiative Montanre-  
gionen" in der 35. Sitzung des Wirtschaftsausschusses  
vom 4. November 1987 - AP 10/729 (siehe Seiten 41 bis  
44 dieses Protokolls).

Nächste Sitzung: 9. Dezember 1987



Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
37. Sitzung

25.11.1987  
the-ro

### Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert der Vorsitzende den Ausschuß über die schriftlich an ihn gerichtete Bitte von Minister Dr. Jochimsen, den Punkt 3 c der heutigen Tagesordnung - Bericht der Landesregierung Nordrhein-Westfalen zum Beschluß des Landtags vom 10. Juni 1986 betreffend den Übergang auf eine Energieversorgung ohne Kernkraft - zu einem späteren Zeitpunkt zu beraten, da der Minister gern selbst an der Beratung teilnehmen wolle, den heutigen Ausschußtermin aber wegen der Begleitung des Herrn Ministerpräsidenten auf seiner Delegationsreise nach Indien nicht wahrnehmen könne.

Der Vorsitzende merkt an, daß wegen der Bedeutung dieses Punktes die Anwesenheit des Ministers sicher sinnvoll wäre, und schlägt vor, die Tagesordnung insofern zu ändern.

Ferner habe ihm die CDU-Fraktion, wie Frau Abg. Thoben bereits in der letzten Sitzung dargestellt habe, einen Brief zugeleitet, der ihn allerdings nie erreicht habe und der ihm jetzt in Kopie vorliege. In diesem Brief werde um eine Aktuelle Viertelstunde zu der Thematik der Vorlage 10/1261, nämlich "Abwicklung des Sonderprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen und der EG zur Entwicklung von arbeitsplatzschaffenden Tätigkeiten in den Arbeitsmarktregionen Duisburg, Bochum und Dortmund", gebeten, da die Projektbeschreibungen in der Vorlage zum Teil doch verkürzt dargestellt und wenig transparent seien.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß ohnehin vorgesehen sei, die Vorlage demnächst unter einem eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Er regt an, dies in der nächsten Sitzung zu tun, damit sich der Ausschuß diesem gewichtigen Thema in der gebotenen Ausführlichkeit widmen könne.

Abg. Westermann (SPD) plädiert dafür, bezüglich des Punktes 3 c auf den Wunsch des Ministers Rücksicht zu nehmen. Da es dabei um die Erledigung eines Parlamentsauftrages durch die Landesregierung gehe, hielte er es ohnehin für sinnvoll, dies in Anwesenheit des Ministers zu diskutieren.

Bei dem für die Aktuelle Viertelstunde vorgeschlagenen Thema handle es sich um einen Vorgang, der schon einige Zeit zurückliege und dadurch nicht gerade an Aktualität gewonnen habe. Da die Auswirkungen des EG-Programms auch nicht unbedingt heute beraten müßten, sehe er es als sachdienlich an, das Thema zum Gegenstand der Tagesordnung einer der folgenden Sitzungen zu machen.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
37. Sitzung

25.11.1987  
the-ro

Frau Abg. Thoben (CDU) führt aus, sie hätte es begrüßt, wenn das von ihr für die Aktuelle Viertelstunde vorgeschlagene Thema noch im Rahmen der Haushaltsplanberatungen hätte beleuchtet werden können, sei aber auch damit einverstanden, sich damit innerhalb eines eigenen Tagesordnungspunktes intensiv zu befassen.

Dem Vorschlag, Punkt 3 c in Anwesenheit des Ministers zu besprechen, füge sie die Anregung hinzu, mit Punkt 3 a ebenso zu verfahren; denn die Anhörung mit einem Ausstiegskonzept zu beantworten - das verdiene eine breitere politische Würdigung.

Der Ausschuß verständigt sich darauf, zu Punkt 3 a heute nur über das weitere Verfahren und die Strukturierung der Auswertung der Anhörung zu sprechen und ansonsten die inhaltliche Diskussion der Punkte 3 a und 3 c in einer der folgenden Sitzungen in Anwesenheit des Ministers zu führen.

- - - - -

Frau Abg. Thoben (CDU) beanstandet, daß sie die von ihr in der vorigen Sitzung angemahnte Antwort auf einen seit Juli 1987 mit dem Wirtschaftsminister geführten Schriftwechsel nun in Form eines Schreibens ohne jede Anrede erhalten habe. Staatssekretär Vollmer (MWM) entschuldigt sich für dieses Büroversehen und sagt zu, den gleichen Brief m i t Anrede noch am heutigen Tage auf den Weg zu bringen.

Zu 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1988  
(Haushaltsgesetz 1988)

Drucksachen 10/2250 und 10/2530

hier: Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie

Vorlagen 10/1163, 10/1169, 10/1196 und 10/1258

Einbringen der Änderungsanträge und  
Beschlußfassung zur 2. Lesung

Abg. Westermann (SPD) betont, daß seine Fraktion die im Haushaltsplanentwurf gesetzten Schwerpunkte unterstütze und dem Einzelplan 08 zustimmen werde.

Er wiederholt die schon in der vorigen Sitzung ausgesprochene Bitte an die Verwaltung, innerhalb des Einzelplans 08 Möglichkeiten zu schaffen, damit die Beratungstätigkeit im Straßenverkehrsgewerbe auch 1988 fortgeführt werden könne.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
37. Sitzung

25.11.1987  
the-ro

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) kündigt an, daß seine Fraktion keine Änderungsanträge stellen werde. Die Gründe dafür ergäben sich aus seiner in der letzten Sitzung vorgenommenen Bewertung des Haushaltsplanentwurfs.

Er stelle fest, daß die Landesregierung trotz der dramatischen Finanzsituation des Landes, trotz der wirtschaftlichen Rahmendaten und trotz aller Prognosen über die Entwicklung der Wirtschaftskraft des Landes leider nicht bereit sei, Prioritäten neu festzulegen oder auch nur zu diskutieren.

Auch die SPD-Fraktion habe keine Bereitschaft erkennen lassen, sich ernsthaft darüber zu unterhalten, was von Bedeutung sei und was Vorrang haben müsse. In den letzten beiden Haushaltsjahren habe die F.D.P. eine Fülle von Einzelanträgen gestellt. Die SPD-Fraktion sei nicht bereit gewesen, auch nur über einen einzigen Punkt in eine Beratung mit der F.D.P. einzutreten. Solange die Mehrheitsfraktion diese ihre Haltung nicht ändere, erübrige es sich für die F.D.P.-Fraktion, einzelne Änderungsanträge zu stellen.

Frau Abg. Thoben (CDU) weist darauf hin, daß ihre Fraktion bereits im vorigen Jahr ausführlich begründet habe, warum sie keine Änderungsanträge zum Haushalt stelle. Der diesjährige Beratungsverlauf habe die CDU in ihrer Auffassung bestätigt.

Neben einer dringend notwendigen inhaltlichen Neuorientierung halte die CDU es auch für erforderlich, den institutionellen Teil der Organisation der Wirtschaftsförderung und ihre Effizienz zu beleuchten; sie habe dieses Thema deshalb zum Gegenstand einer Großen Anfrage gemacht.

Eine Beurteilung einzelner Etatansätze hätte vorausgesetzt, daß die Landesregierung der Opposition eine Antwort zukommen lassen hätte, aus der die derzeitigen Verflechtungen und Zuständigkeiten hätten ersehen werden können. Die Landesregierung habe mitgeteilt, daß sie dies vor Ende Januar nicht schaffen könne. Man werde also die inhaltlichen Beratungen erst zu diesem Zeitpunkt wiederaufnehmen können.

Unter Hinweis darauf, daß in diesen Tagen mit dem Haushalt des Bundeswirtschaftsministers Mittel in Höhe von 167 Millionen DM zur sozialen Flankierung der Strukturanpassungen in der Stahlindustrie verabschiedet würden, fragt sie, welche Vorkehrungen dafür im Landeshaushalt getroffen seien. Sie möchte wissen, ob der Kabinettsbeschluß Gültigkeit habe, daß man sich nicht beteiligen werde, oder ob das gelte, was einige Kabinettsmitglieder zum Ausdruck gebracht hätten, nämlich daß man sich einer Beteiligung nicht entziehen werde.

Staatssekretär Vollmer teilt mit, das Land habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die Auswirkungen auf den Landeshaushalt prüfen solle und die morgen früh zusammentrete. Die Landesregierung sehe dies als

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand  
und Technologie  
37. Sitzung

25.11.1987  
the-ro

zeitgerecht an, da auch der Bundestag heute erst abschließend berate und der Landesregierung die Mitteilung über die Beschlüsse der Bundesregierung erst in der vergangenen Woche zugegangen sei.

Im übrigen habe die Landesregierung eindeutig erklärt, daß an ihrer Haltung die Finanzierung der Sozialpläne nicht scheitern werde. Die in der letzten Zeit entstandenen Irritationen beruhten offenbar auf der Tatsache, daß diese Erklärung mit dem Hinweis versehen worden sei, daß die Landesregierung von einer Beteiligung der Bundesregierung an der Umstrukturierung des Ruhrgebiets ausgehe.

Im Vorfeld der Beratungen zu Artikel 104 a GG sei zunächst erklärt worden, daß sich die Bundesregierung an einer solchen Hilfe für das Ruhrgebiet nicht beteiligen würde. Aus den Äußerungen Bundeswirtschaftsminister Bangemanns in der letzten Woche müsse nun aber geschlossen werden, daß die Bundesregierung doch beabsichtige, ein Programm für das Ruhrgebiet aufzulegen. Damit wäre eine der Konditionen für die Hilfe des Landes erfüllt.

Frau Abg. Thoben (CDU) möchte wissen, ob dies bedeute, daß nach den von dieser Arbeitsgruppe vorgelegten Ergebnissen möglicherweise ein Nachtragshaushalt erforderlich werde. Staatssekretär Vollmer erwidert, man werde den Zeitpunkt darauf abstellen müssen, daß diese Ergebnisse noch in die Haushaltsberatungen des Landtags einfließen könnten.

Abg. Tschoeltsch (F.D.P.) verweist auf den im März von allen drei Fraktionen gefaßten gemeinsamen Beschluß, der im Augenblick noch die Beschlußlage des Parlaments darstelle, daß nämlich keine Beteiligung erfolge. Staatssekretär Vollmer stellt klar, daß er nur für die Landesregierung geantwortet habe.

Auf der anderen Seite, so gibt der Vorsitzende zu bedenken, habe man zur Kenntnis genommen, daß sich das Land durch eigenes Handeln auf eine Beteiligung eingestellt habe. Dies habe der Ausschuß in der letzten Sitzung in der Diskussion gewürdigt und in die Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses einbezogen.

Es könne also durchaus der Fall eintreten, daß man sich wegen der möglichen finanziellen Auswirkungen zwischen der zweiten und der dritten Lesung noch einmal mit diesen Fragen beschäftigen müsse.

Frau Abg. Thoben (CDU) erinnert an die letzte Ausschußsitzung, in der Abg. Skorzak (CDU) darauf aufmerksam gemacht habe, daß hinsichtlich des Programms zur Förderung von Wasserkraftanlagen im Umweltausschuß die Auskunft gegeben worden sei, diese Förderung ressortiere nicht mehr beim Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft; es erfolge aber eine entsprechende Förderung durch den Wirtschaftsminister.